Nummer 576

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe • Preis 20 Goldpfennig. 69. Jahrgang Dienstag, 18. Dezember 1923

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, Inschein-Kalender, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele andere

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | Für Manuskripte übernimmt der Verlag keine Verantwortung | tabellarische Übersichten | Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: S. Köppen, Berlin-Friedenau; Inseratenteil: H. Rongiewski, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 0,80 Goldmark, Stellungsuchende 0,35 Goldmark, Reklamezeile 4 Goldmark. Bezugs-Preis: Monatlich 6,50 Goldmark. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im IV. Quartal 1923 für Amerika 5 Dollar, Frankreich 50 franzöf. Francs, Belgien 50 belgische Francs, Schweiz 20 schweizer. Francs, Holland 10 holländ. Gulden, Dänemark 20 dänische Kronen, Schweden 15 schwedische Kronen, Norwegen 20 norweg. Kronen, England 20 Schilling, Italien 100 Lire, Rumänien 600 rumänische Lei, Spanien 30 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 125 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 15 Pesos, Serbien 400 Dinar; für den Monat Dezember 1923 nach Oesterreich 250 000 österreichische Kronen, Ungarn 100 000 ungarische Kronen, Polen 9 000 000 polnische Mark, Litauen 50 Lit, Lettland 1000 lettische Rubel, Finnland 200 finnische Mark, Estland 1500 estländische Mark.

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Der Wortlaut der Antwort Poincarés.

Vor präzisen deutschen Vorschlägen.

Die Antwort des französischen Ministerpräsidenten auf die ihm vom deutschen Geschäftsträger in Paris im Anschluß an die mündliche Unterhaltung überreichte Aufzeichnung ist inzwischen in Berlin eingetroffen.

Die beiden Schriftstücke haben folgenden Wortlaut:

I.

Zusammenfassung der vom deutschen Geschäftsträger dem französischen Ministerpräsidenten am 15. Dezbr. abgegebenen Erklärungen:

„Die deutsche Regierung hat den Wunsch, sich mit dem französischen Ministerpräsidenten über die weitere Entwicklung der Rhein- und Ruhrfrage sowie des Reparationsproblems offen auszusprechen. Durch den Abschluß der Verträge mit den deutschen Industriellen und durch die technische Regelung der Eisenbahnfrage in den besetzten Gebieten ist eine neue Sachlage geschaffen worden. Diese Tatsache wird von der französischen Regierung anerkannt, die zugesteht, daß der passive Widerstand jetzt restlos beseitigt ist. Die deutsche Regierung hofft, daß die französische Regierung aus dieser Tatsache auch die Konsequenzen ziehen wird. Es ist stets der Kernpunkt der Erklärungen des Herrn Ministerpräsidenten gewesen, daß mit der Aufgabe des passiven Widerstandes das Hindernis beseitigt sein werde, das einer

großzügigen Gesamtregelung aller schwebenden Fragen

entgegenstehe.

Die Reparationsfrage als solche ist allerdings inzwischen durch die Aktion der Reparationskommission in eine neue Phase eingetreten. Deutschland muß sich zunächst mit den Entscheidungen dieser Kommission abfinden und ist entschlossen, seinerseits alles zu tun, um die Tätigkeit der einzusetzenden Komitees fruchtbringend zu gestalten. Die deutsche Regierung glaubt jedoch nicht, daß auf diesem Wege eine schnelle und unmittelbare Lösung der Frage erreicht werden kann. Sie glaubt nach wie vor, daß die wirkliche Lösung nur in einer unter Beteiligung aller interessierten Mächte herbeizuführenden radikalen Neuregelung bestehen kann, die dann zugleich auch die endgültige Lösung der davon untrennbaren Rhein- und Ruhrfrage ermöglichen und in sich schließen würde.

Nachdem die Reparationskommission nun einmal den Weg der Komiteeberatungen beschritten hat, ist es zweifellos nötig, zunächst den Erfolg ihres Verfahrens abzuwarten. Das hindert jedoch keineswegs, jetzt schon in einen neuen Gedankenaustausch über das Gesamtproblem einzutreten. Unterläßt man dies, so besteht die Gefahr, daß sich die Regierung demnächst, wenn den Komitees eine wirksame Förderung des Reparationsproblems nicht gelänge, wieder in einer Sackgasse sehe, und daß dann wieder kostbare Zeit nutzlos verstrichen sei.

Besonders dringlich erscheint aber ein solcher Gedankenaustausch, weil es notwendig ist, bis zu dem Zeitpunkt, wo es zu der endgültigen Lösung kommen wird,

einen modus vivendi in den besetzten Gebieten zu schaffen.

Ein solcher modus vivendi ist die erste Voraussetzung für jede deutsche Reparationsleistung. Ohne ihn wird daher die ganze Tätigkeit der Sachverständigen-Komitees, wie sie auch verlaufen mag, vollkommen in der Luft hängen. Die deutsche Regierung hat sich seinerzeit, indem sie sich von der Wichtigkeit dieser Frage Rechnung ablegte, nach Aufgabe des passiven Widerstandes mit dem Vorschlage offizieller Verhandlungen an die französische Regierung gewandt. Im gleichen Sinne hat sie sich, als die französische Regierung damals die deutschen Verhandlungen ablehnte, mit den lokalen Verhandlungen einverstanden erklärt, die jetzt zu den Verträgen mit den deutschen Industriellen und mit der Eisenbahnverwaltung geführt haben. Die französische Regierung würde sich jedoch einer Täuschung hingeben, wenn sie etwa annähme, daß schon durch diese Verträge der Wiederaufbau des Wirtschaftslebens in den besetzten Gebieten gewährleistet sei, oder wenn sie glaubte, die für diesen Wiederaufbau noch notwendigen Maßnahmen könnten einseitig von der französischen Seite getroffen werden. Deutscherseits wird alles geschehen, um die Verträge loyal durchzuführen, aber ganz abgesehen davon, daß es äußerst zweifelhaft ist, ob die deutsche Industrie in jedem Einzelfall die nötigen Kredite im Ausland bekommen kann und ob sie die ihr auferlegten Lasten wird tragen können, bedarf noch eine Reihe anderer äußerst wichtiger Punkte der Regelung.

Hierher gehört namentlich die Frage der

Wiederherstellung der durch die Ausweisung und Verurteilung von Beamten zerstörten deutschen Verwaltung,

wobei die deutsche Regierung bereit ist, sich nicht auf Personenfragen zu versteifen sowie ferner die Frage des wirtschaftlichen Verkehrs zwischen den besetzten Gebieten und dem unbesetzten Deutschland. Werden diese Fragen nicht geregelt, so ist eine erträgliche Regelung der Verhältnisse in den besetzten Gebieten und darüber hinaus auch eine Gesundung der Reichsfinanzen undenkbar. Wird in den besetzten Gebieten die deutschen Verwaltung nicht wiederhergestellt, insbesondere dem Reiche eine ordnungsmäßige Steuererhebung nicht ermöglicht, wird ferner nicht der Güteraustausch zwischen den besetzten und unbesetzten Gebieten von nahen Hemmnissen befreit, so würde die jetzt mit äußerstem Nachdruck eingeleitete Aktion zur finanziellen Gesundung vergeblich sein. Damit wäre die unbedingte Voraussetzung für eine gründliche Regelung der Reparationsfrage auf unabsehbare Zeit hinaus vereitelt.

Es liegt auf der Hand, daß Fragen der bezeichneten Art nur durch Verhandlungen von Regierung zu Regierung gelöst werden können. Die deutsche Regierung schlägt vor, solche Verhandlungen unverzüglich zu eröffnen, und hofft, daß die französische Regierung sich dem jetzt nicht mehr widersetzen wird.

II.

Die Antwort des französischen Ministerpräsidenten.

Paris, den 16. Dezember 1923.

„Herr Geschäftsträger!

Ich beehre mich, Ihnen den Empfang Ihres gestrigen Schreibens zu bestätigen, mit dem Sie mir eine Zusammenfassung Ihrer Erklärungen von gestern morgen übermittelt haben. Ich beglückwünsche mich dazu, daß ich Sie gestern gebeten habe, mir den Standpunkt Ihrer Regierung schriftlich darzulegen; denn die Note, die Sie mir gestern überhandt haben, legt einige Punkte klar, auf deren Dunkelheit ich Sie aufmerksam gemacht hatte; sie gibt in noch höherem Maße Anlaß zu den Erwägungen, die ich schon gemacht hatte.

Da der passive Widerstand im Ruhrgebiet aufgehört zu haben scheint, werde ich, wie ich Ihnen bereits gesagt habe, immer bereit sein, mit dem offiziellen Vertreter der deutschen Regierung alle Fragen zu diskutieren, deren Erörterung die deutsche Regierung wünscht. Ich brauche aber nicht darauf hinzuweisen, daß die französische Regierung sich vorbehält, sich bei allen Problemen, die auch die anderen Alliierten interessieren, mit diesen ins Einvernehmen zu setzen, bevor Ihnen eine Antwort zu teil wird.

Ihre Note hat mir jedoch schon jetzt Anlaß zu folgenden Bemerkungen gegeben:

Was die Reparationsfrage betrifft, so brauche ich Ihnen nicht zu wiederholen, daß die französische Regierung dem nicht zustimmen wird, daß die durch den Friedensvertrag eingesetzte Reparationskommission ihrer Befugnisse entkleidet wird, und daß sie nicht irgend eine Regelung in Erwägung ziehen wird, die nicht streng dem Friedensvertrag entsprechen würde. Die Kommission wird fortfahren, mit allen den Vollmachten zu arbeiten, die ihr übertragen worden sind, und zwar ohne daß ihre Rechte Deutschland gegenüber in irgendeiner Weise vermindert werden könnten. Der Gedankenaustausch, den Sie wünschen, und an dem teilzunehmen die französische Regierung sich nicht weigert, kann also weder als Gegenstand noch als Ergebnis Beeinträchtigung der Vorrechte dieser Kommission haben, und ebenso wenig die Vorbereitung einer unmittelbaren oder mittelbaren Revision des Friedensvertrages in den Fragen, die das Rheinland und das Ruhrgebiet betreffen. Die französische Regierung hat ihrer Auffassung wiederholt Ausdruck gegeben; sie hat keine Veranlassung, daran etwas zu ändern. Sie könnte dem nicht zustimmen, wie ich Ihnen das auch bereits mündlich dargelegt habe, daß die französisch-belgischen Behörden im Ruhrrevier oder die Rheinlandkommission in den übrigen besetzten Gebieten ihrer Befugnisse entkleidet werden, wenn es sich darum handelt, einen modus vivendi in dem einen oder dem anderen dieser Gebiete herzustellen. Ich bin also, wie ich Ihnen in meiner mündlichen Antwort auch bereits gesagt habe, vollkommen bereit, die Vorschläge der Berliner Regierung anzuhören und sie nötigenfalls mit meinem Gutachten den zuständigen Behörden zu übermitteln. Insbesondere werde ich auf jede Unterhaltung eingehen, die auf die Verlängerung der Abkommen mit den Industriellen oder auf die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens und auf Verwaltungsfragen Bezug hat. Die französische Regierung hält aber an ihrem absoluten Rechte fest, einer Wiedereinsetzung von ausgewiesenen Personen nur nach Prüfung der Einzelfälle zuzustimmen.

Ich füge jedoch noch hinzu, daß die Interalliierten Militärkontrollkommissionen ihre regelmäßige Tätigkeit noch nicht wieder haben aufnehmen können; so lange dies nicht geschehen ist, kann Deutschland, wie ich Ihnen bereits gesagt habe, nicht behaupten, daß es den Vertrag von Versailles in loyaler Weise ausführt.

Genehmigen Sie usw.

gez. Poincaré."

Ein offiziöser Kommentar der Reichsregierung.

Die Antwort des französischen Ministerpräsidenten entspricht in den wesentlichen Punkten der Havas-Meldung vom 16. Dezember, zu der gestern schon amtlich Stellung genommen wurde, insbesondere auch, was die Rechte aller beteiligten Länder betrifft. Von unterrichteter Seite wird uns dazu noch folgendes mitgeteilt:

Die Reichsregierung sieht den Kernpunkt der französischen Antwort darin, daß sich die französische Regierung, wenn auch unter Vorbehalten, jetzt grundsätzlich bereit erklärt, in einen Gedankenaustausch mit der deutschen Regierung einzutreten und insbesondere über eine vorläufige Regelung der Verhältnisse in den besetzten Gebieten zu verhandeln. Wenn dabei betont wird, daß die französische Regierung eine mittelbare oder unmittelbare Revision der Bestimmungen des Vertrags von Versailles über die Rhein- und Ruhrfrage ablehnen müsse, so darf zunächst darauf hingewiesen werden, daß der Vertrag von Versailles für das Ruhrgebiet keinerlei Bestimmungen enthält. Was die vertraglichen Bestimmungen für das Rheinland anlangt, so ist von deutscher Seite keineswegs eine Aenderung dieser Bestimmungen zur Diskussion gestellt worden. Das Ziel der deutschen Regierung besteht im Gegenteil gerade darin, so schnell wie möglich den vertragsmäßigen Zustand im Rheinland wieder herzustellen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es zunächst notwendig, die Verhältnisse in den besetzten Gebieten dadurch erträglich zu gestalten, daß, wie in der Aufzeichnung des deutschen Geschäftsträgers vorgeschlagen, über die Wiederherstellung der deutschen Verwaltung und des Verkehrs mit dem unbesetzten Deutschland verhandelt wird. Die Reichsregierung beabsichtigt, ihre Vorschläge zu diesen Punkten jetzt näher zu präzisieren. Sie hofft, daß die Verhandlungen alsdann fruchtbringend fortgesetzt werden können und zu einem Ergebnis führen, das zugleich auch für die endgültige Lösung der Rhein- und Ruhrfrage förderlich ist.

Die Uebergabe der belgischen Antwort.

eca. Brüssel, 17. Dezember.

Der Text der belgischen Antwort auf die deutsche Demarche wird dem deutschen Geschäftsträger erst heute abend oder möglicherweise morgen früh überreicht werden. Jaspar legt Wert darauf, den Text der Antwort dem Ministerrat, der heute, Montag, stattfindet, zu unterbreiten. Der Text der belgischen Antwort entspricht im Inhalt dem französischen Antwortentwurf vollkommen. Vielleicht ist er noch etwas ausführlicher, da die belgische Regierung nochmals besonders auf die Frage der belgischen Sachverständigen-Arbeiten und die Rolle, die sie zur Erleichterung der Verhandlungen spielen können, eingehen wird.

Die Auffassung in London.

London, 17. Dezember.

Reuter erfährt, daß man im gegenwärtigen Augenblick in London mit Bezug auf die französisch-belgisch-deutschen Erörterungen nicht geneigt sei, um daraus irgendwelche endgültige Auffassungen abzuleiten. Im ganzen werden die Aeußerungen jedoch als befriedigend erachtet, da sie auf eine Erleichterung der Spannung und eine Erörterung von Fragen gemeinsamen Interesses zwischen Frankreich, Belgien und Deutschland hindeuten. Es werde darauf hingewiesen, daß die gegenwärtige Entwicklung keineswegs unnütz sei, da Deutschland gewußt habe, daß Italien und Großbritannien vollkommen bereit waren, diese Fragen zu erörtern, und es sei vorauszusehen gewesen, daß Deutschland die Lage in Paris und Brüssel feststellen würde. Es sei jedoch noch zu früh, um irgendeine Ansicht auszudrücken, außer der Hoffnung, daß die Lage besser scheine als bisher. Es bilde auch einen Grund zur Befriedigung, daß die Erörterungen wahrscheinlich nicht in die Arbeit der Reparationsausschüsse eingreifen würden, im Gegenteil, eine Klärung der Ruhr- und Rheinlandfrage werde wahrscheinlich der Frage der Reparationen zugute kommen.

Vor einer dynastischen Krise in Griechenland?

London, 17. Dezember.

Eine heute nachmittag aus Athen abgesandte Meldung besagt, es werde angenommen, daß eine Krise unmittelbar bevorsteht. Die Abreise des Königs George werde für möglich gehalten.

Schlußkurs der Mark in New-York
25 cts. für 1 Billion Mark.
Hiesige Parität
4 Billionen.

Korge

Spezial-Sportkaufhaus Arthur Korge

BERLIN SW. 10548, Wilhelmstraße 107, Ecke Anhaltstraße, Nähe Anhalter Bahnhof. ⁘ Zentrum 935.

Sportpelze, entzückende Damen-Pelzjacken. Ledermäntel, Lederjacken, feschteste Modelle.
Fahr- und Reisemäntel, das Neueste und Eleganteste!

Hochelegante Anzüge u. Wintermäntel, wirklicher Ersatz für Maßarbeit!
Bekleidung und Geräte für jeden Sport! Spezialität: Wintersportartikel!
Lederhüte! Neueste Modelle!

Regenmäntel! • Windjacken!
Chauffeurlivreen, Autokappen Brillen, Handschuhe, Autopelzdecken, Paßsäcke Motorradkombinationen. Spezialität: Autobrücken und Picknick-Koffer.

Groß sortierte Wäscheabteilung! Koffer- und Reiseeffekten! Riesenauswahl! Solide Preise! Schuhwaren! Spez.: Sport-, Jagd- u. Wanderstiefel! Elegantes Straßenschuhwerk!

Sämtliche Artikel sind auch erhältlich zu Originalpreisen in unserer Verkaufsstelle bei den **Dürkoppwerken**, Berlin NW. 7, Unter den Linden 48/49.

Korge